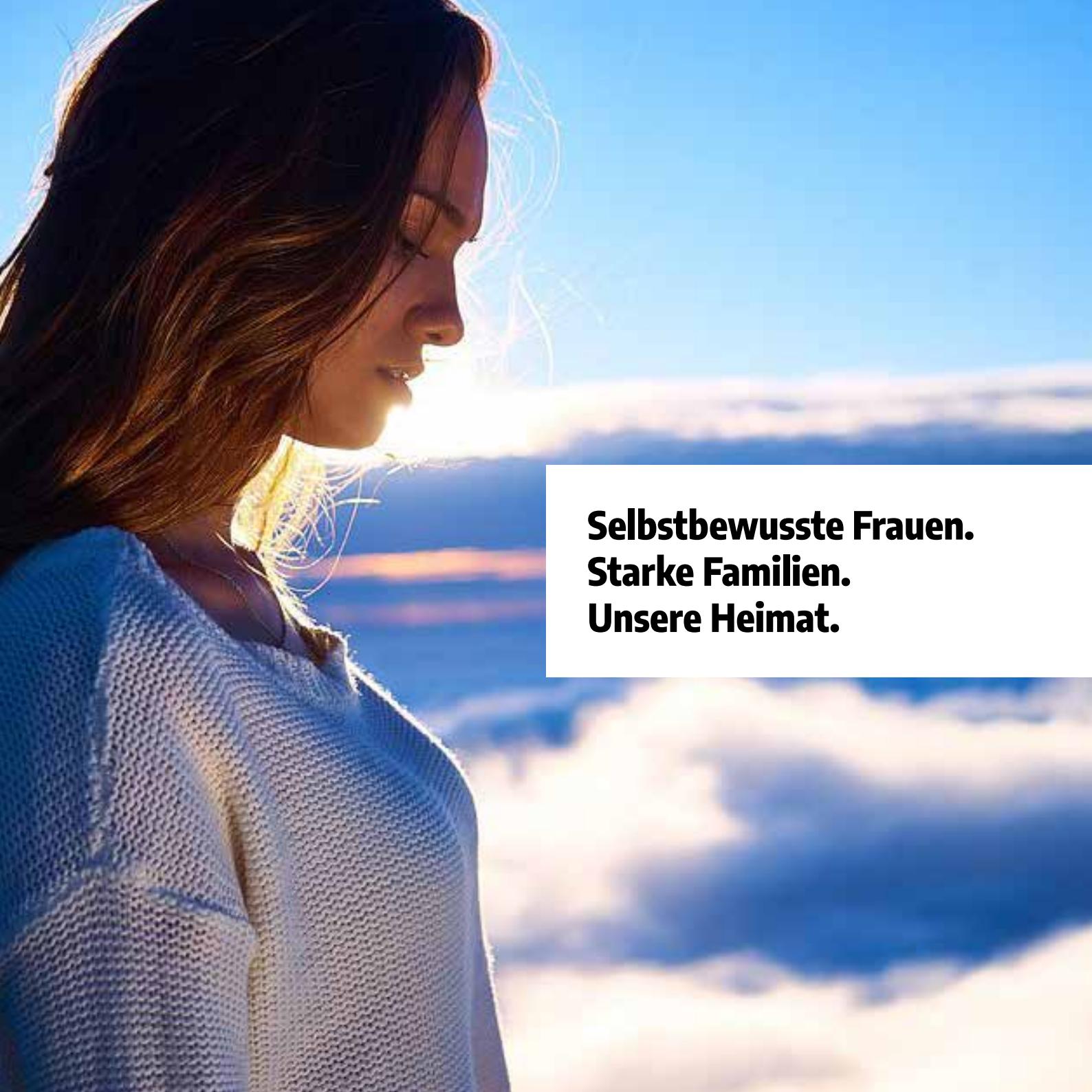




■ Stark. Weiblich. Freiheitlich.

■ Standpunkte der freiheitlichen Frauen und Familien





**Selbstbewusste Frauen.
Starke Familien.
Unsere Heimat.**

INHALT

Familienpolitik ist für uns untrennbar mit Frauenpolitik verbunden	04
Frauen in der Arbeitswelt	06
Gewalt – Null Toleranz bei Gewalt an Frauen	08
Frauen im Alter	09
Mädchen und junge Frauen	11
Gesundheit	12
Familien stärken.	14
Kinder stärken	16
Kinder schützen	17
Kinderwunsch	18

Familienpolitik ist für uns untrennbar mit Frauenpolitik verbunden



Emanzipiert sein, Frau bleiben - Selbstbewusste Frauen braucht das Land.

Freiheitliche Frauenpolitik zeichnet sich durch ein ge-
deihliches Miteinander beider Geschlechter und aller
Generationen aus. Selbstbestimmtes, partnerschaft-
liches, familienorientiertes und generationenübergrei-
fendes Handeln und Tun stehen im Mittelpunkt.

Freiheitliche Frauen gestalten aktiv unser Land und be-
wegen und motivieren Frauen, sich einzubringen. Sie
bewahren die bereits erreichten Frauenrechte, unsere
Werte, Traditionen und Kultur und setzen sich für Ver-
besserungen in der Alltagsrealität ein.

Es müssen verstärkt Voraussetzungen geschaffen wer-
den, um die gleichberechtigte, selbstbestimmte, ge-
sellschaftliche, soziale, berufliche und finanzielle Stel-
lung sicherzustellen. Dazu gehört auch die Sicherheit
im privaten und öffentlichen Raum zu stärken. Frauen
und Mädchen müssen sich in unserem Land wieder si-
cher fühlen können.

Unterschiedliche Lebensphasen brauchen maßge-
schneiderte Rahmenbedingungen. Frauen müssen ihr
individuelles Lebensmodell umsetzen können. Wahl-
freiheit und selbständige Entscheidungsmöglichkeiten
haben dabei oberste Priorität.

Ja zur Familie - Gestärkte Familien sichern unsere Heimat.

Freiheitliche Familienpolitik rückt die Familie in den Mittelpunkt. Diese gewährleistet den Erhalt unserer Kultur und ist Grundlage unserer Gesellschaft und Zukunft. Mit ihr steht und fällt die Entwicklung unseres Landes.

Ein unbeschwertes „Ja“ zu Familie und Kindern ist das Ziel. Die Entscheidung für Familie und Kinder darf nicht zu persönlichen, finanziellen oder beruflichen Nachteilen führen.

Familie ist dort, wo Leben entsteht, entstanden ist oder gelebt wird. Sie soll Heimat sein, wo Kinder behütet aufwachsen. Familienmitglieder, die Sorgearbeit übernehmen, müssen umfangreiche Unterstützung erfahren.

Mann und Frau sind gleichberechtigte Partner in einer Lebensgemeinschaft oder Ehe. Die Organisation der Sorgearbeit, des Haushaltes und andere familiäre Arbeiten sind ihre private Angelegenheit. Der Staat hat sich nicht einzumischen.

Familiensituationen können sich auch ändern. Viele Mütter und Väter erziehen ihre Kinder allein oder wagen einen Neustart mit einem anderen Partner. Die Wahrung der Bedürfnisse der Kinder muss dabei an erster Stelle stehen. Diese Kinder müssen im Umgang mit den Herkunftseltern unterstützt werden.



Frauen in der Arbeitswelt

Frauen sind besser ausgebildet denn je. Trotzdem erfahren Frauen in ihrer Ausbildung, Berufswahl oder Jobsuche Ungerechtigkeiten. Mädchen und Frauen müssen ermutigt werden, sich ihrer Fähigkeiten bewusst zu werden und diese gezielt einzusetzen.

Finanzielle Sicherheit schützt vor Abhängigkeiten. Um Benachteiligungen für Frauen insbesondere im Einkommensbereich zu reduzieren, sind eine faire Einstufung und Entlohnung notwendig. Die Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartner sind hier in die Pflicht zu nehmen.

Berufstätige Mütter benötigen Möglichkeiten qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, die in erster Intention den Bedürfnissen der Familien gerecht werden müssen. Dasselbe gilt für die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen.

Frauen, die aus diesem Grund in der Erwerbsarbeit zurückstecken und keine öffentliche Betreuung in Anspruch nehmen, sind derzeit finanziell und in der Pension benachteiligt.

Frauen müssen auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben angemessen leben können und dürfen nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein.

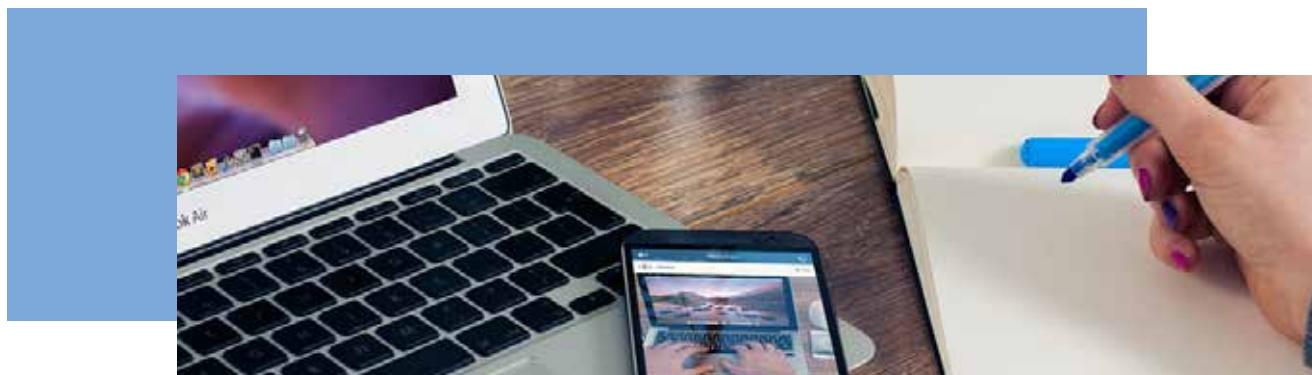
Wir stehen für:

- „Ja“ zur Chancengleichheit aber „Nein“ zur Gleichmacherei.
- Gleicher Lohn für gleichwertige/gleiche Arbeit, Entlohnung muss gerecht sein.
- Verringerung von „Gender Pay Gap“, „Motherhood Pay Gap“ und „Pension Gap“.



Wir fordern:

- Soziale Absicherung jeder Frau.
- Stärkung und Unterstützung von Frauen im Erwerbsleben.
- Gezielte Förderung von Frauen und frauenpolitischen Maßnahmen, entkoppelt von Gleichstellungsmaßnahmen.
- Aufwertung von typischen Niedriglohnbereichen im ersten Schritt durch Anhebung der Lehrlingsentschädigungen in den traditionellen Frauenberufen.
- Verantwortungsvolles Agieren der Sozialpartner, um eine sukzessive Verbesserung der Entlohnung von Frauen zu erreichen.
- Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit soll bekämpft werden und Umschulung aufgrund gesundheitlicher Probleme gewährleistet sein, um Frauen in Beschäftigung zu halten bzw. wieder zu bringen.
- Keine Nachteile für Frauen durch flexible Arbeitszeiten oder Home Office.
- Keine Benachteiligung von Frauen, die sich für die Selbständigkeit entscheiden im Bezug auf Wochengeld und Mutterschutz.
- Aufnahme von Pflegetätigkeiten ins Schwerarbeitergesetz.
- Vollständige Anrechnung der Karenzzeiten für Biennalsprünge.
- Zugehörigkeit zum Betrieb während Karenzzeiten aller Art stärken, Weiterbildung ermöglichen und betrieblich fördern.
- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Möglichkeit zur Verlängerung der Karenz und Bezug des Kinderbetreuungsgeldes bis zum dritten Geburtstag des Kindes, unabhängig davon, welcher Elternteil diese in Anspruch nimmt.
- Schaffung von Anreizsysteme für Väter in Karenz zu gehen nicht auf Kosten der Mütter – mit positiven Maßnahmen.
- Schaffung von kostengünstiger Ferienbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern.
- Vermehrte Unterstützung von Frauen in besonders belastenden systemrelevanten Berufen.
- Rechtsanspruch auf Altersteilzeit in beiden Varianten.
- Abfederung der Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters durch arbeits- und sozialrechtliche Maßnahmen.



Gewalt - Null Toleranz bei Gewalt an Frauen

Mädchen und Frauen müssen sich sicher fühlen können.

Die Realität sieht anders aus: Jede dritte Frau in Österreich ist in ihrem Leben mit Gewalt konfrontiert. Im Schnitt wird in Österreich jede zweite Woche eine Frau ermordet.

Zusätzlich hat die unkontrollierte Zuwanderung der vergangenen Jahre zu einem dramatischen Anstieg von Gewalt an Frauen geführt.

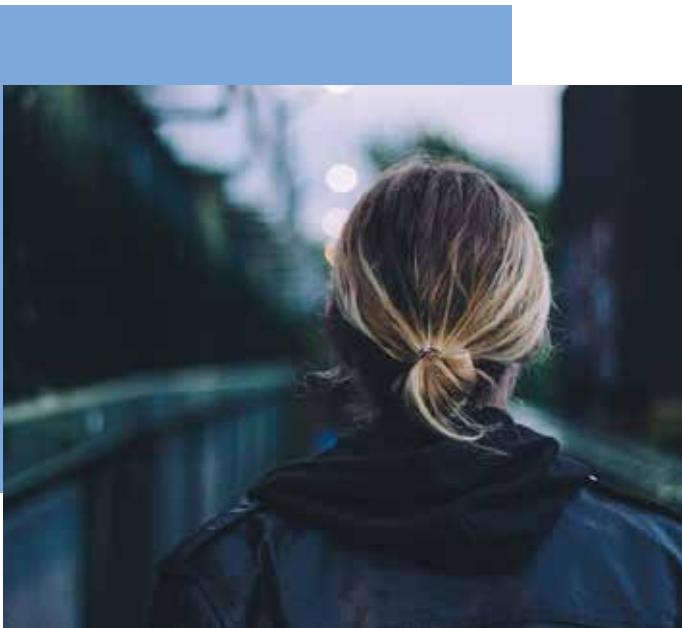
Jegliche Art von Gewalt ist nicht zu tolerieren. Es ist das Grundrecht jeder Frau, sich frei und ohne Angst, jederzeit und überall bewegen zu können. Der öffentliche Raum muss dementsprechend gestaltet sein.

Wir stehen für:

- Opferschutz vor Täterschutz.
- Ein modernes, selbstbestimmtes Frauenbild.
- Verschärfung der Strafen für Gewalt- und Sexualstrafdelikte.
- Ausländische Täter sofort abschieben.

Wir fordern:

- Akutintervention: Meldungen von Frauen, die einer Gewaltsituation ausgesetzt sind oder waren, müssen ernst genommen und abgeklärt werden.
- Auflistung von Gewalttaten an Frauen im „besonderen Strafregisterauszug“.
- Ausbau von Frauenhäusern und betreuten Übergangswohnungen, damit auch Kinder angemessen Platz haben.
- Finanzielle Absicherung der Schutz-Einrichtungen und Beratungsstellen.
- Psychische und rechtliche Unterstützung für Opfer von Gewalt sowie soziale Hilfe dort, wo sie benötigt wird.
- Sichere Korridore für Frauen, die sich aufgrund von Gewalt für die Trennung von ihrem Partner entscheiden.
- Gewalttaten: Klare statistische Erfassung von Motiven, Nationalität und Herkunft der Täter und Opfer.
- Konsequente Verfolgung der Delikte Zwangsehe, Polygamie und Genitalverstümmelung.
- Sensibilisierungskampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Förderung von Gleichstellung und Respekt.
- Volle Ausschöpfung des Strafrahmens bei Bestrafung der Täter und Unterstützung und Schutz der Opfer.
- Verpflichtende Wertekurse für Asylwerber, konsequente Abschiebung verurteilter ausländischer Straftäter, sofortiger Asylstopp.
- Vorfinanzierung von Therapie- und Folgekosten für Gewaltopfer.
- gesetzliche Weichenstellung, damit Frauen keine rechtlichen Nachteile im Falle einer Scheidung durch das Verlassen der gemeinsamen Wohnung erleiden.
- Erleichterter Zugang zum Unterhaltsvorschuss.
- Ausbau der forensischen Spurensicherung und von Gewaltambulanzen.



Frauen im Alter

Von Altersarmut und Alterseinsamkeit sind vorwiegend Frauen betroffen. Dadurch sinkt die Lebensqualität drastisch.

Zur Entlastung der häuslichen Pflege und Sicherstellung der Lebensqualität von alleinlebenden Menschen im Alter sollen Familienhelfer bzw. Gemeindeschwestern (z.B. Community nurses) flächendeckend in den Gemeinden eingesetzt werden.

Wir stehen für:

- Die Lebensqualität von Frauen im Alter muss gesichert sein.
- Erwerbstätige Frauen und Frauen, die Leistungen wie Kindererziehung oder Pflege erbracht haben, müssen im Alter ausreichend abgesichert werden.
- Frauen, insbesondere jene mit Behinderung, haben das Recht auf Teilhabe, Unterstützung und Lebensqualität auch im Alter.



Wir fordern:

- Automatische schriftliche Information über den Stand des Pensionskontos ab dem 40. Lebensjahr mit der Einladung zur einer Pensionsberatung.
- Informationsschreiben über die Arten der Selbstversicherung bzw. Arten der sozialen Absicherung.
- Aliquotierung der Pensionserhöhung für Frauen abschaffen.
- Fixierung des 60. Lebensjahres als abschlagsfreies Pensionsantrittsalter für Frauen mit nachweislichen Betreuungspflichten.
- Steuer- und abgabenfreier Zuverdienst in der Pension.
- Flächendeckender Ausbau sozialer Stützpunkte.



A close-up photograph of a woman with vibrant teal hair. She is wearing dark sunglasses and a colorful, patterned bikini top. Her hands are raised to her face, with her fingers resting near her eyes, holding the sunglasses. The background is a bright, possibly outdoor setting with a light blue wall.

**Mädchen und
junge Frauen sichern
unsere Zukunft.**

Mädchen und junge Frauen

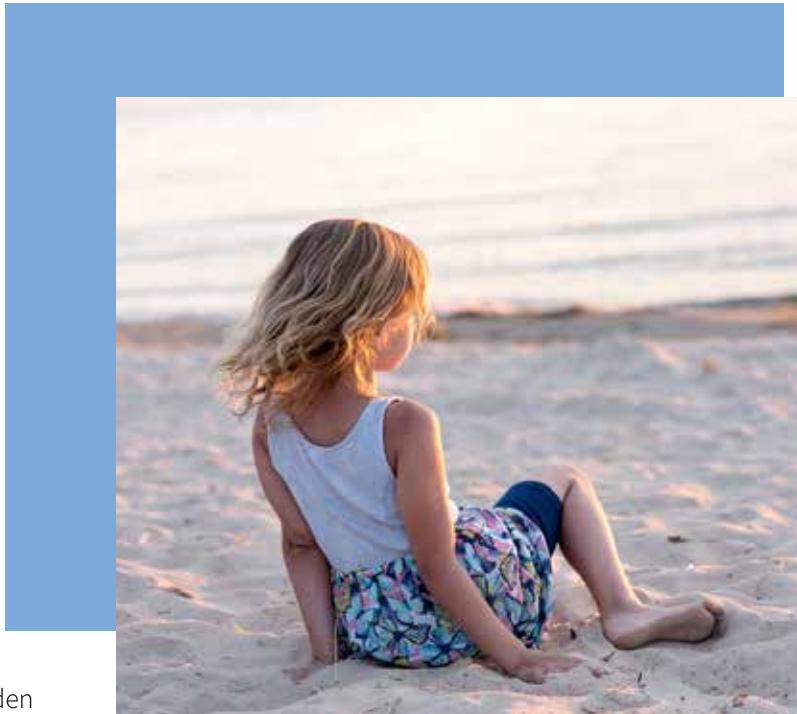
Mädchen und junge Frauen sichern unsere Zukunft. Der Wunsch nach Familie, Sicherheit, die Anerkennung der Leistung, Schaffung von Eigentum und Aufrechterhaltung von Werten und Traditionen muss umgesetzt werden können. Dafür bedarf es gesellschaftlicher Anstrengungen.

Wir stehen für:

- Jedes Mädchen und jede junge Frau soll über ihren Lebensweg selbst entscheiden können.
- Respekt und Anerkennung von Frauen.
- Ein modernes Frauenbild, das nicht durch Migration und Wertewandel verändert werden darf.
- Die Sicherheit von Mädchen und jungen Frauen muss gewährleistet sein.

Wir fordern:

- Vermittlung eines starken Selbstwertgefühls.
- Bewusstes Auseinandersetzen mit realitätsfremden Körperbildern, Essstörungen, psychischer Belastung durch Mobbing, Bossing, Body-Shaming, etc.
- Altersgerechte Aufklärung von Kindern und Jugendlichen statt Verunsicherung durch Überforderung mit unzähligen sexuellen Orientierungen.
- Ausbau der Mutter-Kind-Heim-Plätze, um jungen Frauen einen Start mit Kind zu ermöglichen, wenn der Partner wegfällt oder keine familiäre Hilfe vorhanden ist.
- Schutzkonzepte mit einheitlichen Standards in allen Schul-, Weiterbildungs-, Betreuungs-, Sport-, Spiel- und Freizeiteinrichtungen inkl. entsprechender Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Konzepte.



- Sicherheits- und Schutzkonzepte für den öffentlichen Raum.
- Kopftuchverbot in Kindergärten und Bildungseinrichtungen.
- Abschlussuntersuchung im Mutter-Kind-Pass mit 18 Jahren.
- Automatische schriftliche Information über den Stand des Pensionskontos alle fünf Jahre mit der Einladung zu einer Pensionsberatung.



Frauen kümmern sich verantwortungsvoll um die Familie, stehen im Berufsleben und übernehmen ehrenamtlich Tätigkeiten für die Gesellschaft. Diese Mehrfachbelastung geht auf Kosten der Gesundheit. Die Corona-Krise hat gesundheitliche Probleme weiter verstärkt und psychische Erkrankungen nehmen zu.

Forschung, Diagnose und Therapie im Bereich der Frauenmedizin werden in Österreich vernachlässigt.

Frauen leben durchschnittlich länger als Männer und haben weniger gesunde Lebensjahre im Alter.

Wir stehen für:

- Frauenmedizin umfassend berücksichtigen – bei der Ausbildung der Mediziner über die Diagnose bis zur Testung von Medikamenten und Teilnahme von Frauen an Studien.
- Forcierung bundeseinheitlicher gesundheitlicher Maßnahmen und Vorsorge, um mehr gesunde Lebensjahre zu erzielen.

Wir fordern:

- Kassenärztliche Versorgung sicherstellen.
- Gesundheitliche Maßnahmen und Vorsorgeuntersuchungen forcieren.
- Forcieren der Frauenmedizin.
- Ausbau der kassenfinanzierten Psychotherapie und der psychologischen Dienste.
- Förderung von Präventionsprogrammen für frauenspezifische Gesundheitsrisiken und Krankheiten.
- Sicherstellung der Infrastruktur verschiedener Geburtsorte, sowie verbesserte Finanzierung und Ausbildung von Hebammen.
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Essstörungen, psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen.

**Kümmere dich um
deinen Körper.
Er ist der einzige Ort,
an dem du leben musst.**



Familien stärken



Familien sind mit unzähligen Anforderungen konfrontiert. Durch gezielte Lenkungsmaßnahmen wird Sorgearbeit, die früher im Familienumfeld geleistet wurde, zunehmend in staatliche Einrichtungen verschoben. Darunter leidet der soziale Zusammenhalt der Generationen. Betreuungs- und Sorgearbeit wird mühevoll von kostenintensiven Ersatzstrukturen abgedeckt.

Werden nämlich Kinderbetreuung und Pflege im familiären Rahmen abgewickelt, erfolgt dies für die Allgemeinheit kostenlos. Werden diese extern in Anspruch genommen, kommt indirekt jeder Steuerzahler für die Kosten auf.

Fakt ist, Sorgearbeit hat derzeit nur einen monetären Wert, wenn sie außerhalb der Familie stattfindet.

Berufstätige Eltern sind auf qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen. Diese müssen sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Dasselbe gilt für Pflege und Betreuung von älteren oder beeinträchtigten Familienangehörigen.

Wir stehen für:

- Stärkung des traditionellen Familienbildes.
- Werte in der Familie erhalten.
- Anerkennung der familiären Sorgearbeit.
- Kindeswohl muss im Vordergrund stehen.
- Steuerliche Entlastungen für Familien.

Wir fordern:

- Kampagnen zur positiven Besetzung von Familien.
- Schaffung eines Anreizsystems für die Familiengründung.
- Bessere Unterstützung bei Mehrlingsgeburten (volles Kinderbetreuungsgeld pro Kind) und für beeinträchtigte Kinder.
- Verstärkte Unterstützung für Eltern von beeinträchtigten Kindern oder erhöhtem Betreuungsbedarf in allen Belangen.
- Anspruch auf Wochen- und Kinderbetreuungsgeld für jedes Kind in voller Höhe zuerkennen.
- Vier Jahre Kindererziehungszeiten für jedes Kind sind im Pensionskonto anzurechnen.
- Wahlfreiheit der Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr. Familieninterne Kinderbetreuung soll finanziell unterstützt werden.
- Familieninterne Betreuung von Kindern bis zum Ende des Pflichtschulalters pensionstechnisch anrechnen.
- Einkommensabhängiger Zuschuss und bevorzugter Zugang zur Kinderbetreuung für Alleinerzieher.
- Reform der Regelungen für Tagesbetreuung.
- Ausbau von kostengünstiger Ferienbetreuung für Kinder von berufstätigen Eltern.
- 6. Urlaubswoche für Eltern von Kindern bis Vollendung des Pflichtschulalters.
- Sonderurlaubstag für Eltern von schulpflichtigen Kindern am 1. Schultag.
- Anspruch auf Pflegeurlaub für Eltern von mehreren Kindern erhöhen.
- Adaptierung Familienbonus Plus (getrennt lebende Elternteile, Pflegeeltern, ...).
- Kein verpflichtendes Pensionssplitting.
- Automatische Obsorge für beide Elternteile, aber sofortiger Entzug dieser bei Fällen von Gewalt.
- Getrennt lebende Eltern bzgl. Kindeswohl bei Aufteilung der Sorgearbeit unterstützen.

- Kindesunterhaltsrecht modernisieren und vereinfachen, Verfahren beschleunigen.
- Automatische Anpassung des Unterhalts von Amts wegen.
- Aufwertung von Pflegeeltern und Krisenpflegeeltern.
- Soziale Absicherung für pflegende Angehörige.
- Familienhelfer flächendeckend in den Gemeinden einsetzen – zur Entlastung der häuslichen Pflege und Sicherstellung der Lebensqualität von Familien.

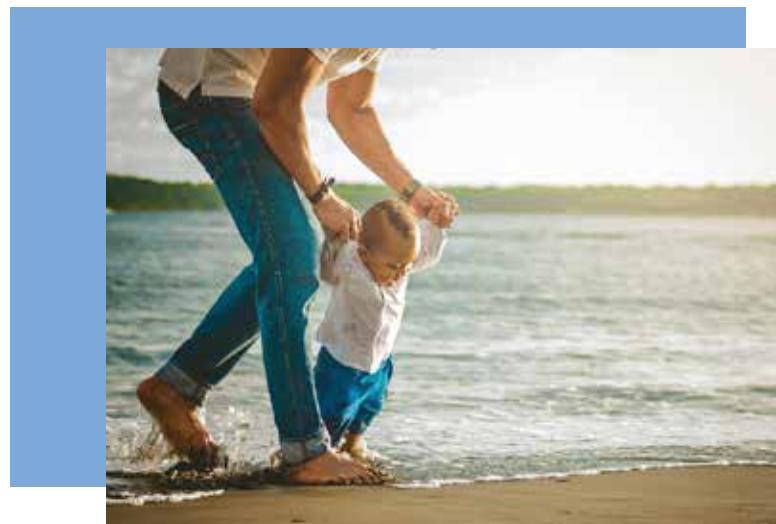


Kinder stärken

Erziehung und Bildung im Schulbereich sind klar geregelt. Dies umfasst unter anderem schulische Grundkompetenzen in Schrift und Sprache, soziales Verhalten in der Gruppe und Respekt.

Eltern stehen in der Verantwortung, Erziehung nicht einfach so passieren zu lassen, sondern diese zum Wohle des Kindes zu gestalten. Eltern sollen teilhaben an schulischen Belangen, eingebunden werden und mitentscheiden dürfen.

Von der zunehmenden Akademisierung in der Elementarpädagogik beim nicht gruppenführenden Personal ist abzugehen. Kinder brauchen sozial und pädagogisch kompetente liebevolle Betreuung.



Wir stehen für:

- Gewaltfreies Aufwachsen und Entwicklungsmöglichkeiten in einem harmonischen Umfeld, damit aus Kindern selbstständige Erwachsene werden.
- Wahlfreiheit zwischen familiärer und externer Nachmittags- und Ferienbetreuung.
- Keine Schulschließungen wie in Corona-Zeiten.
- Kinder haben das Recht auf Kontakt zu Gleichaltrigen. Durch die vermehrte Nutzung von digitalen Endgeräten verkümmert die soziale Kompetenz und die Grenzen zur realen Welt verschwimmen.
- Kostenlose psychologische Hilfe für Kinder und Jugendliche, um weitere gesundheitliche Folgen der Corona-Krise zu vermeiden.

Wir fordern:

- Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bei Sprachdefiziten.
- Keine Sexualpädagogik im Kindergarten.
- Keine Frühsexualisierung in Schulen durch Vereine.
- Computerbildung als verpflichtendes Hauptfach – mit den Schwerpunkten künstliche Intelligenz, Sicherheit im Netz, soziale Medien, etc.
- Schutz von Kindern vor Gefahren im Netz. Was offline nicht erlaubt ist, darf auch online nicht möglich sein.
- Stärkung sozialer Kompetenzen wie z.B. gewaltfreie Kommunikation, Diskursverhalten, Konfliktbewältigung, Selbstwahrnehmung.
- Förderung von individuellen Talenten.
- Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.
- Vermittlung von praxisorientierten Kompetenzen, wie finanzielle Bildung, gesunde Ernährung, Regionalität, etc.

Sexueller Missbrauch ist Mord an Kinderseelen. Jemand, der zehntausende Akten von Kindesmissbrauch angehäuft hat, kommt mit einer Bewährungsstrafe davon und kann aus dem Gerichtssaal direkt nach Hause. Die Opfer und ihre aus dem unermesslichen Leid resultierenden Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt stehen.

Die Täter müssen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen! Das Recht muss auf der Seite der Opfer stehen und nicht auf der Seite der Täter. Das wäre normal.

Aber heute schützen Gesetze und Rechtsprechung mehr die Täter als die Opfer. Es hat nicht die Therapie des Täters im Vordergrund zu stehen, sondern der Schutz der Gesellschaft vor dem Täter.

Wir fordern:

- Ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für Täter überall dort, wo sie mit Minderjährigen und allen anderen schutzbedürftigen Personengruppen zu tun haben könnten.
- Die drastische Verschärfung der Mindest- und Höchststrafen bis hin zu lebenslanger Haft.
- Einen lebenslangen Strafregistereintrag.
- Einen kostenlosen Zugriff auf das eigene digitale Strafregister.
- Ein Verbot öffentlicher Förderungen für Einrichtungen, die verurteilte Kinderschänder beschäftigen.
- Die Übernahme aller Therapie -und Verfahrenskosten der Opfer durch den Staat, der sich diese vom Täter wieder zurückholt.
- Den Ausbau der Volksanwaltschaft zur zentralen Anlaufstelle für Kindesmissbrauchsopfer.
- Die Ausdehnung der zivilrechtlichen Verjährung auf über 30 Jahre hinaus.
- Den Ausbau aller Kapazitäten im Kampf gegen Kindesmissbrauch.
- Ein Verbot von Kindersexpuppen und sogenannten „Pädophilen-Handbüchern“.
- Den Ausbau der psychologische Verfahrenshilfe für Opfer während des Verfahrens.
- Den Abbau von Hürden beim Zugang zu „Triebhemmern“.



Kinder sind ein Geschenk und kein Katalog-Produkt, das je nach Lust und Laune bestellt werden kann. Es gibt kein Recht auf eigene Kinder, jedoch das Recht von Kindern auf ihre Eltern.

Nur Frauen können Kinder bekommen. Unterschiedlichste Lebensrealitäten prägen ihr Leben. Sie müssen in besonderen Situationen ein breites Angebot an Unterstützung und Förderung erhalten.

Wir stehen für:

- Es gibt nur zwei biologische Geschlechter. Demnach braucht es naturgemäß Frau und Mann, um ein Kind zu zeugen.
- Kinder haben das Recht auf ihre leiblichen Eltern und auf das Wissen um ihre Herkunft.
- Den Schutz vor Menschenhandel und Ausbeutung durch Leihmutterchaft.



Wir fordern:

- Werdende und junge Eltern mit Angeboten wie „frühe Hilfen“ oder Elternbildung auf die neue Lebenssituation vorbereiten.
- Breites Unterstützungsangebot für Familien, die ein Kind mit Beeinträchtigung erwarten.
- Sicherstellung des Zugangs zu hochwertigen medizinischen Dienstleistungen, insbesondere in Bezug auf Familienplanung im Sinne des Fortpflanzungsmedizingesetzes.
- Kostenfreie Fruchtbarkeitsuntersuchungen für Frauen und Männer, um Bewusstsein zu schaffen, wie lange ein Kinderwunsch noch verwirklicht werden kann.
- Die Gründe für zunehmende Unfruchtbarkeit und Zeugungsunfähigkeit erforschen.
- Eizellen-Entnahme und Einfrieren nur bei medizinischer Indikation (z. B. notwendige Chemotherapie, Endometriose, ...).
- Unterstützung bei Fehl- und Totgeburten.
- Verfassungsrechtliches Verbot der Leihmutterchaft in Österreich.
- Ablehnung des EU-Vorhabens zur grenzüberschreitenden Anerkennung von Elternschaft.

**Kinder sind ein
Geschenk und die
Hoffnung.**





Freiheitlicher
Familienverband

Dipl.-Ing. Hedwig Staller

Landesobfrau Freiheitlicher Familienverband Stmk
Bundesobfrau Freiheitlicher Familienverband Ö

Kontakt:

FFV-Steiermark
www.facebook.com/ffvSteiermark
E-Mail: office@ffv.at
Conrad-von-Hötendorf-Straße 58
8010 Graz



www.facebook.com/ffvSteiermark

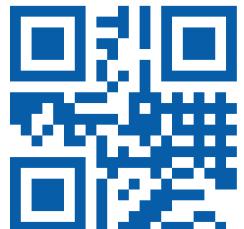


NAbg. Rosa Ecker, MBA

Bereichssprecherin für Gleichbehandlung
im FPÖ-Parlamentsklub
Landesobfrau Freiheitliche Frauen OÖ
Bundesobfrau Freiheitliche Frauen Ö

Kontakt:

iFF Österreich
www.iff-ooe.at
Tel.: 0732 / 7364260
E-Mail: buero.iff@gmail.com
Blütenstraße 21/1
4040 Linz



www.iff-ooe.at

